

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. wöchentlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis 10 Pf. Alle Verkäufe sind bar. Die Wilsdruffer Tageszeitung ist ein Organ der Wilsdruffer Bürgervereine. In Halle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Vorsto beiliegt.

Anzeigenpreise: die 3-spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 1-spaltige Zeile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Wochensatz 10 Goldpfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Vertrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Klagegegner in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rossen.

Nr. 112. — 84. Jahrgang. Teleg.-Abt.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag den 15. Mai 1925

„Immer langsam voran.“

Die Haupttätigkeit der Pariser Vorkonferenz ist, verlegt zu werden. Das tut sie nämlich grundsätzlich und besonders dann, wenn für sie ein Termin festgesetzt wird, zu dem sie die Kontrollnote an Deutschland oder eine Antwort auf die deutschen Sicherheitsvorschläge beraten soll.

Mit der Verzögerungs- und Zauderpolitik der Vorkonferenz wetteifert übrigens auch der französische Ministerrat. Es handelt sich, wie gesagt, um zwei Antwortnoten der Entente, nämlich um die fast schon fagenhaft gewordene Note der Entente über das Ergebnis der Militärkontrolle in Deutschland und dann um den Bescheid in der Sicherheitsfrage. Nun soll angeblich wenigstens schon der Entwurf für beide Noten fertiggestellt sein in einer Sitzung des französischen Ministerrats, die am Dienstag stattgefunden hat. Offiziell hat man dabei erklärt, daß die von Briand herüberbrachten Entwürfe das vollkommene Einverständnis seiner Kollegen gefunden haben. Man kann aber jetzt mit dem bekannten englischen Soldatenliede singen: „It is a long way to tipperary.“ „Es ist ein langer Weg“ oder freilich Deutsche übertragen: „Eile mit Weile, oder: Nur immer langsam voran.“ Denn die Entwürfe werden nun erst noch den Regierungen Englands, Italiens und Belgiens vorgelegt, nicht etwa der Vorkonferenz, wo die Sache etwas schneller gehen würde, besser gesagt — weil dann die Sache etwas schneller gehen würde.

Offiziös werden über den Inhalt der beiden Noten allerhand Mitteilungen gemacht, die man natürlich mit gebührender Vorsicht aufnehmen muß, weil die französische Politik gern mit kleinen Kunststücken arbeitet, indem man nämlich über den Inhalt derartiger Noten allerhand Verlautbarungen herausgibt, die man eigentlich in die Noten erst hineinwünscht. Deswegen ist mit dieser gebührenden Vorsicht zunächst einmal die Feststellung aufzunehmen, daß die Einigkeit zwischen Paris und London in gewissen Punkten hergestellt sei. Der erste dieser Punkte soll nun sein, daß deutsche Vertreter vor der Entscheidung über die Kontrollnote an Deutschland nicht gehört werden sollen. Das bezieht sich erstens auf den Inhalt, also auf die Feststellungen tatsächlicher oder angeblicher Art, die von der Kontrollkommission in Deutschland gemacht worden sind. Die Falschheit ist nicht ungeschicklich, entspricht auch der bisher üblichen Politik der Entente, indem man einfach die Anlagen in die Welt hinausschleudert, ohne gleichzeitig dem Angeklagten ein Wort der Nichtigstellung oder Aufklärung zu gestatten. Daran hat sich in den letzten fünf Jahren nichts geändert und wird sich voraussichtlich wohl auch nicht ändern. Hierzu paßt es vorzüglich, daß die Ausföhrung der weiteren Forderungen, die sich nun an die angeblich festgestellte Nichtentwaffnung Deutschlands knüpfen, ultimatim an Deutschland gerichtet werden, d. h. daß diese Forderungen zu einem bestimmten Termin erfüllt sein müssen. Und das Dritte ist schließlich, daß England wieder einmal umgefallen sein soll. Vor ein paar Tagen verlautetete noch, daß England grundsätzlich mit einer Räumung des Ruhrgebietes und der nördlichen Rheinzone (Köln) zum 16. August einverstanden sei. Davon ist jetzt nicht mehr die Rede. Denn für diese Räumung wird irgendein bestimmtes Datum überhaupt nicht festgesetzt. Nicht einmal die Zusage soll gegeben werden, daß die Räumung Kölns nach Ausföhrung der in der Antwortnote enthaltenen Anforderungen an Deutschland zum Zwecke weiterer Abrüstung erfolgen wird. Man legt sich nach dieser Richtung hin überhaupt nicht fest, behält sich damit alles weitere vor. Es ist natürlich völlig zwecklos, an die Zusagen zu erinnern, die Macdonald und Herriot auf der Londoner Konferenz dem deutschen Reichskanzler Marx gemacht haben, wonach die Räumung des Ruhrgebietes unter allen Umständen bei Ausföhrung des Londoner Abkommens vollzogen werden soll. Herriot ist nicht mehr Minister und Macdonald ist es auch nicht; also brauchen sich auch äußerlich weder England noch Frankreich an die Zusagen ihrer früheren Ministerpräsidenten zu halten. England will zwar anscheinend an der damaligen Zusage festhalten, aber schließlich steht doch nicht England im Ruhrgebiet, sondern Frankreich. Und wie sehr es sich den französischen Wünschen beugt, das beweist vor allem die Komödie der Kontrollnote, beweist vor allem auch die Abhängigmachung der Räumung der Kölner Zone von Deutschlands Verhalten bezüglich der Abrüstung.

Nun besteht aber natürlich auch noch ein englischer Entwurf über diese Entwaffnungsnote an Deutschland und der Pariser Vorkonferenz Lord Crewe hat ihn dem französischen Außenminister überreicht. Selbstverständlich tragen die Meldungen aus London einen weit deutschfreundlicheren Charakter als die Pariser, aber — man merkt die Absicht und man wird verstummt. Denn es wird wohl auch den blödesten Augen klar sein, daß man in England für uns zwar die wunderschönsten Worte findet, sich aber praktisch immer dem französischen Vorgehen beugt und sich dabei dann uns gegenüber als die Unschuldigen an der Zuspätkommen der ganzen Entwicklung hinstellt.

Jedenfalls stimmt man auch jetzt wieder der französischen Forderung zu, daß eine Anzahl ehemaliger Munitionsfabriken, die noch auf friedliche Produktion einstellt seien, weitgehende zerstörende Maßnahmen unterzogen werden müssen. Und eine weitere, übrigens besonders

Noch kein Termin der Räumung Kölns.

Paris, 14. Mai. Der französische Außenminister Briand empfing gestern nachmittag am Quai d'Orsay eine Reihe von Pressevertretern, mit denen er sich über die wichtigsten außenpolitischen Fragen unterhielt. Auf die Frage eines Journalisten, wann die Abrüstungsnote abgehen würde, antwortete der Minister: In etwa zwei Wochen. Er betonte, daß Verhandlungen mit Deutschland ohne seinen Eintritt in den Völkerbund eröffnet werden könnten, doch seien sich die Alliierten noch nicht schlüssig geworden. Was die Räumung Kölns angeht, so sei noch kein Datum festgesetzt worden. Die in einem Teil der Morgenblätter ausgestreuten Gerüchte, daß die Räumung nicht vor dem nächsten Jahre in Frage kommen könne, entbehren jeder Grundlage. Auf die Frage, ob die Ruhr nach dem Dawes-Gutachten im August geräumt werden würde, antwortete der Minister, daß darüber weder zwischen den Alliierten noch innerhalb der französischen Regierung verhandelt worden sei, daß es aber grundsätzlich der Fall sein dürfte. Der Vertreter eines polnischen Blattes fragte, was man unter den deutschen Vorschlägen über die Anwendung des Schiedspruches auf die Disgrenzen verstehen könne. Die Antwort lautete: Ich begreife nicht, wie ein Schiedspruch zur Abänderung von Grenzen führen könnte, die vertraglich festgesetzt worden sind. Die Verhandlungen mit Rußland über die Anerkennung der Vorkriegsschulden hätten noch zu keinem praktischen Ergebnis geführt.

Zu der französischen Antwort über das deutsche Sicherheitsangebot.

Paris, 13. Mai. Die Blätter veröffentlichen folgende anscheinend offiziöse Meldung: Die französische Antwortnote auf das deutsche Sicherheitsangebot ist heute der britischen Regierung überreicht und auch den nächsten übrigen Verbündeten zur Kenntnisnahme unterbreitet worden. Die Note, die kurz gefaßt ist, verzeichnet mit Genugtuung die friedliche Anregung Deutschlands, deren Aufrichtigkeit sie nicht in Zweifel zieht. Ohne Fragen über den Anschluß Österreichs, die deutschen Disgrenzen oder der Völkerbund zu stellen (Frankreich ist der Ansicht, daß der in

Auslicht genommene Sicherheitspakt nur eine Ergänzung zu dem Versailler Vertrag bildet und keine Klausel des Vertrages ändern kann), führt die Note aus, daß Frankreich als Mitglied des Völkerbundes eine internationale, durch die Vorschriften des Bundes bedingte Politik befolgt. Dagegen wird zum Ausdruck gebracht, daß die Verhandlungen mit Deutschland durch den Beitritt zum Bund wesentlich erleichtert würden. Briand hält es nicht für richtig, seine Ansicht näher zu präzisieren, da die Note lediglich eine Empfangsanzeige im Sinne der Eröffnung von Verhandlungen darstellt, keineswegs den Beginn der Verhandlungen selbst.

Hindenburgs Antrittsrede und die Kriegsschuldfrage.

Eigener Fernsprecher des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 14. Mai. Die Blätter kommentieren ausführlich die Ansprache Hindenburgs im Reichstage. Der „Temps“ stellt fest, daß der neue Reichspräsident mit Nachdruck die Friedensidee betonte. Alle Blätter sehen sich zu der Feststellung veranlaßt, daß die Ansprache ungewöhnlich geläufig abgefaßt war. „Journal des Debats“ schreibt: Der neue Reichspräsident hat gestern unzweifelhaft offizielle Versprechungen gegeben. Er hat der Verfassung der Republik und der Fahne Schwarz-Rot-Gold den Eid geleistet. Offenbar will Hindenburg gegenüber der Verfassung korrekt bleiben. Das Blatt schließt aus den Erklärungen Hindenburgs auf die Absicht, die Kriegsschuldfrage wieder neu aufzurollen. Aufgabe des französischen Außenministers sei es, den Anstrengungen der deutschen Propaganda ein Ende zu setzen. Die französische Antwortnote auf das deutsche Sicherheitsangebot enthalte keinen diesbezüglichen Passus. Man dürfe sich aber nicht verhehlen, daß alle anderen Voraussetzungen für die Unterzeichnung des Garantiepaktes gegenstandslos würden, solange Deutschland nicht zur moralischen Abrüstung und zum Eingeständnis seiner Schuld am Kriege gezwungen werde.

Markt von England betonte Forderung ist die der sogenannten Entmilitarisierung der deutschen Schuttpolitik und schließlich noch dunkle Andeutungen über Schwierigkeiten in der Personenfrage. Wer damit gemeint ist, ist aber nach der langen französischen Debatte kaum noch zweifelhaft: es ist der General v. Seeckt, den man gern bejeitigt wissen will.

Man wird auf das „umfangreiche Schriftstück“, das der Verlautbarung gemäß die Entwaffnungsnote an Deutschland darstellen soll, nun doch sehr gespannt sein. Mag der Inhalt aber sein, wie er will —, von der so viel berebeten Änderung der Atmosphäre zwischen uns und der Entente scheint sich jedenfalls bei dieser Gelegenheit nicht viel bemerkbar zu machen.

Nach Hindenburgs Amtsantritt.

Berlin, 13. Mai. Die in den Blättern erschienene aufsehenerregende Mitteilung, daß die Mächte Vereinigte Staaten, England, Frankreich und Italien es abgelehnt hätten, den neuen Reichspräsidenten zu seinem Amtsantritt offiziell zu beglückwünschen, stellt sich als eine französische Erfindung heraus. Über das Verhalten der Alliierten hätten, so wird berichtet, noch gar keine Entschlüsse gefaßt werden können, da die Wahl und der Amtsantritt Hindenburgs noch nicht amtlich mitgeteilt worden wären. Im übrigen bestimme kein Anlaß, zu glauben, daß sich das Verfahren in diesem Falle von den Formen des internationalen Verkehrs in der Diplomatie unterscheiden würde. Von zahlreichen anderen ausländischen wie innen-deutschen Landesregierungen sind Glückwünsche zum Amtsantritt beim Reichspräsidenten eingegangen, ebenso von unzählbaren Gemeinden, Verbänden und Privatpersonen. Der Reichspräsident läßt öffentlich mitteilen, daß es ihm zu seinem Bedauern unmöglich ist, für alle Glück- und Segenswünsche in jedem Falle einzeln zu danken. Er spricht allen, die ihm in diesen Tagen ein Zeichen ihres freundlichen Gedankens übersandt haben, für die erwiesene Aufmerksamkeit und das durch sie bekundete Vertrauen seinen herzlichsten und aufrichtigen Dank aus.

Empfänge beim Reichspräsidenten.

Heute empfing der Präsident eine Abordnung des Reichsrats, bestehend aus den Herren Staatssekretär Dr. Weismann vom preussischen Staatsministerium, dem bayerischen Bevollmächtigten Dr. von Preger und dem braunschweigischen Bevollmächtigten Boden, welche die Glückwünsche des Reichsrats überbrachten. Auch wurde eine Abordnung der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft empfangen, bei welcher

Staatssekretär z. V. Dr. Stieler die schwierige Lage der Reichsbahn schilderte. Der Reichspräsident drückte die Hoffnung aus, daß es der Bahn gelingen werde, trotz der ungewissenhaft vorliegenden großen Schwierigkeiten an der Erhaltung des Vaterlandes mitzuwirken.

Der Reichspräsident empfing ferner den preussischen Ministerpräsidenten Braun in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Weismann. Es ist vorgelesen, daß der Herr Reichspräsident am Donnerstag dem preussischen Ministerpräsidenten einen Gebenbesuch im preussischen Staatsministerium abstaten und bei dieser Gelegenheit auch gleichzeitig die sämtlichen stimmberechtigten Mitglieder des Reichsrats begrüßen wird.

Auch das Reichstagspräsidium wurde empfangen und der Reichspräsident sprach in Beantwortung der Begrüßungsansprache des Reichstagspräsidenten Lobe bemerkenswerte Worte. So sagte er, er hoffe, daß diese Begegnung der Anfang einer durch keine Mißverständnisse getrüben, vertrauensvollen Zusammenarbeit sein werde. Wie er über das Verhältnis von Reichspräsident und Reichstag denke, habe er im Reichstag ausgesprochen. Er sei sich bewußt, daß gerade in einer Republik die Würde und das Ansehen der Nation in hohem Maße in die Hände des Parlaments gelegt sei.

Beim Besuch des preussischen Staatsministeriums äußerte von Hindenburg, es möge der Arbeit des Staatsministeriums der Erfolg beschieden sein, getreu den großen Überlieferungen des preussischen Staates, den besonderen Pflichten Preußens innerhalb des Deutschen Reiches gerecht zu werden, damit Preußen weiterhin die feste Klammer bleibe, die unsere Ost- und Westmark an den Körper des Deutschen Reiches fette.

„Gemeinsame Arbeit für das Vaterland“

In einem Dankschreiben an den bekannten Zentrumsabgeordneten von Pöppel, der Hindenburg zu seiner Wahl beglückwünscht hatte, sagte der Präsident: „Sie wissen, daß ich schon während des Wahlkampfes stets in dem Sinne zu wirken bemüht war, daß nicht das Trennende, sondern das Einigende zu betonen sei. Ich glaube mit dem Herrn Reichskanzler a. D. Marx dahin einig zu sein, daß es jetzt, nach Abschluß des Wahlkampfes, besonders darauf ankommt, alle aufbauenden Kräfte der Nation zu sammeln. Mehrfach habe ich es bereits deutlich zum Ausdruck gebracht, daß mit jeder Partei und jeder Deutsche willkommen sein würden, die sich zu gemeinsamer Arbeit für das Vaterland mit mir zusammenschließen. Ich hege die feste Überzeugung, daß auch die in den Ihnen politisch nahestehenden Kreisen vereinigten wertvollen Teile unseres Volkes sich diesem Streben nicht verlaßen werden.“